

Antrag-Nr.: **550/2022**Antragsteller: AfD-Fraktion

Wilhelmshaven, 30.06.2022

Antrag der AfD-Fraktion: Einrichtung einer Beratungsstelle zu Impfnebenwirkungen

Beratungsfolge	Sitzungstag
Verwaltungsausschuss	11.07.2022 (10.10.2022)
Rat	13.07.2022 (12.10.2022)
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration	29.09.2022
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen	10.10.2022

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beratungsstelle/Anlaufstelle für die Bürger einzurichten, an die diese sich bei Auftreten von Impfnebenwirkungen und Impfgeschäden wenden können.

Begründung:

In den Zeitungen aber auch im öffentlichen Fernsehen tauchen immer mehr Meldungen über Impfnebenwirkungen und Impfschädigungen auf. Hier sei nur auf die einschlägigen zahlreichen Berichte im MDR hingewiesen oder den Bericht im Focus, wo berichtet wird, dass wichtige Daten zu Impfnebenwirkungen nicht gemeldet werden (Viele Impfnebenwirkungen nicht gemeldet? Ministerium verschleppte Datenerfassung - FOCUS Online)

Es sei auch an den Bericht der BKK dazu erinnert. Hier hat der "Mut zur Wahrheit" zum Jobverlust geführt. Jeder, der das ambulante Medizin- und Vergütungswesen kennt, weiß, dass bei weitem nicht alle Impfschäden gemeldet werden, da das Verfahren aufwendig ist und kaum vergütet wird. (Underreporting). Die Folge davon ist, dass Patienten von ihren

Ärzten im Stich gelassen werden

(Impfschäden schwerwiegender als erwartet - Mandanten klagen über Hilflosigkeit der Ärzteschaft - FOCUS Online)

Ein Handlungsbedarf ist also dringend gegeben. Eine zeitgleiche wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung der Daten wäre wünschenswert, um der Verunsicherung der Bevölkerung entgegen zu wirken, gerade vor dem Hinblick, dass in 4 Monaten der Herbst beginnt. Aus meiner Sicht sollte dieses Zentral im Gesundheitsamt erfolgen. Die AfD als soziale Heimat und Bürgerpartei setzt damit ihre Initiative fort für Aufklärung in der "Coronapandemie" zu sorgen und die Menschen vor Ort nicht im Stich zu lassen.